

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

2007	Ausgegeben zu Wiesbaden am 9. November 2007	Nr. 23
Tag	Inhalt	Seite
22. 10. 07	Verordnung zur Ausführung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches und über Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz <i>GVBl. II 34-64</i>	694
22. 10. 07	Verordnung über die Verteilung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen und über die Gebühren für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften <i>GVBl. II 37-51</i>	696
22. 10. 07	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern <i>Ändert GVBl. II 37-47</i>	698
26. 10. 07	Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei hessischen Gerichten und Staatsanwaltschaften <i>GVBl. II 20-31</i>	699
15. 10. 07	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Führung des Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregisters <i>Ändert GVBl. II 210-81</i>	706
16. 10. 07	Dritte Verordnung zur Verlängerung der Geltungsdauer befristeter Rechtsvorschriften im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz <i>Ändert GVBl. II 210-50, 210-84, 210-85, 320-54</i>	707
15. 10. 07	Fünfte Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für die Ortsgerichte im Lande Hessen <i>Ändert GVBl. II 28-4</i>	708

**Verordnung
zur Ausführung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches und über
Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz*)**

Vom 22. Oktober 2007

Aufgrund

1. des § 42 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches vom 18. Dezember 2006 (GVBl. I S. 698),
 2. des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2007 (BGBl. I S. 1786),
- verordnet die Landesregierung,
3. des § 49 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches
- verordnet die Sozialministerin:

§ 1

Anerkennungsverfahren

Freie Träger, die nicht nach § 37 Abs. 1 Satz 3 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches als anerkannt gelten, haben dem für Kinder- und Jugendhilfe zuständigen Ministerium für ihre Anerkennung

1. eine Satzung vorzulegen, aus der sich ergibt, dass sie allen jungen Menschen offen stehen und im Rahmen der Satzung und Zielsetzung die Teilnahme freigestellt sowie eine angemessene Mitbestimmung der jungen Menschen sichergestellt ist,
2. glaubhaft zu machen, dass es sich bei ihnen nicht um ein Unternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung handelt und die Durchführung von Bildungsveranstaltungen nicht der Gewinnerzielung dient,
3. im Falle des § 36 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches ihre rechtliche und organisatorische Eigenständigkeit nachzuweisen und
4. nachzuweisen,
 - a) dass sie im besonderen Landesinteresse arbeiten und jährlich regelmäßig mindestens 250 junge Menschen aus mehr als zehn hessischen Jugendamtsbezirken bei mehr als 10 000 Teilnahmestunden erreichen; dabei werden die Teilnahmestunden bei Jugendbildungseinrichtungen mit eigenen Übernachtungskapazitäten doppelt gezählt, sofern es sich um mehrtägige Veranstaltungen mit mindestens zwölf Teilnahmestunden handelt;
 - b) dass sie, sofern sie Bildungseinrichtungen mit eigenem pädagogischen Personal und eigenen Übernachtungskapazitäten nicht vorhalten, außerschulische Jugendbildung anbieten, die von den örtlichen Trä-

gern der öffentlichen Jugendhilfe, den Jugendverbänden auf Landesebene oder dem Hessischen Jugendring nicht angeboten wird oder deren Bildungsangebote ergänzt.

§ 2

Arbeitsgemeinschaften

Mindestens ein Mal jährlich findet jeweils eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaften statt, zu der mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuladen ist. Über die Sitzungen sind Ergebnisprotokolle zu fertigen.

§ 3

Verteilung der Mittel

(1) Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe erhalten 36 vom Hundert, die Jugendverbände auf Landesebene und der Hessische Jugendring erhalten zusammen 51 vom Hundert, die sonstigen Träger erhalten bis zu zehn vom Hundert der nach § 39 Abs. 1 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches zur Verfügung stehenden Mittel. Das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium verteilt diese Mittel nach den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaften auf die Träger nach § 36 Abs. 1 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches.

(2) Das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium oder eine von ihm bestimmte Stelle nimmt nach Anhörung der Träger die Verteilung für die jeweilige Trägergruppe vor, wenn keine Arbeitsgemeinschaft nach § 38 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches gebildet wurde oder ein Verteilungsvorschlag nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt wird. Die Mittel werden an die Träger oder an die geschäftsführenden Stellen der Arbeitsgemeinschaften überwiesen.

(3) Die Arbeitsgemeinschaften der Trägergruppen können durch Beschluss festlegen, dass die der jeweiligen Gruppe zustehenden Mittel pauschal der jeweiligen geschäftsführenden Stelle zugeleitet werden, die sie nach dem vorgelegten Verteilungsvorschlag an die Träger verteilt.

§ 4

Zuständige Behörden nach dem
Jugendschutzgesetz

(1) Zuständige Behörden nach dem Jugendschutzgesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2007 (BGBl. I S. 1595), sind

*) GVBl. II 34-64

1. die Polizeibehörde für Maßnahmen zum Schutze von Kindern oder Jugendlichen nach § 8;
 2. der Gemeindevorstand
 - a) für die Zulassung von Ausnahmen nach § 4 Abs. 4 und § 5 Abs. 3,
 - b) für Anordnungen nach § 7.
- (2) Oberste Landesbehörde im Sinne der §§ 11 bis 14 des Jugendschutzgesetzes ist das für Kinder- und Jugendhilfe zuständige Ministerium.
- (3) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 28 des Jugendschutzgesetzes ist in Gemeinden mit mehr als 7 500 Einwohnern der Gemeindevorstand, im Übrigen der Kreisausschuss.

§ 5

Aufhebung bisherigen Rechts

Es werden aufgehoben:

1. die Verordnung zur Ausführung des Jugendbildungsförderungsgesetzes vom 17. August 2006 (GVBl. I S. 479)¹⁾,
2. die Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz vom 16. Dezember 2003 (GVBl. I S. 492)²⁾, geändert durch Gesetz vom 17. Oktober 2005 (GVBl. I S. 674).

§ 6

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2012 außer Kraft.

Wiesbaden, den 22. Oktober 2007

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Die Sozialministerin
Lautenschläger

¹⁾ Hebt auf GVBl. II 73-24

²⁾ Hebt auf GVBl. II 34-45

**Verordnung
über die Verteilung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen
und über die Gebühren für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften*)**

Vom 22. Oktober 2007

Aufgrund

1. des § 2 Abs. 1 des Landesaufnahmegesetzes vom 5. Juli 2007 (GVBl. I S. 399) verordnet die Landesregierung,
2. des § 4 Abs. 2 des Landesaufnahmegesetzes verordnet die Sozialministerin im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Minister des Innern und für Sport:

§ 1

Der nach § 1 Abs. 1 des Landesaufnahmegesetzes aufzunehmende Personenkreis ist auf die Landkreise und kreisfreien Städte wie folgt zu verteilen:

bis 100 000 Einwohner	1 v. H.,
über 100 000 bis 150 000 Einwohner	2 v. H.,
über 150 000 bis 200 000 Einwohner	4 v. H.,
über 200 000 bis 250 000 Einwohner	4,5 v. H.,
über 250 000 bis 300 000 Einwohner	5,5 v. H.,
über 300 000 bis 400 000 Einwohner	6 v. H.,
über 400 000 Einwohner	8,5 v. H..

§ 2

Die auf die Landkreise und kreisfreien Städte nach § 1 entfallende Quote wird, wenn der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Wohnbevölkerung einen der nachstehend genannten Vmhundertsätze übersteigt, um folgenden Vmhundertsatz vermindert:

mehr als 24 v. H. Ausländerinnen und Ausländer	2 v. H.,
mehr als 19 v. H. Ausländerinnen und Ausländer	1,5 v. H.,
mehr als 15 v. H. Ausländerinnen und Ausländer	1 v. H.,
mehr als 12 v. H. Ausländerinnen und Ausländer	0,75 v. H.,
mehr als 10 v. H. Ausländerinnen und Ausländer	0,5 v. H.,
mehr als 8 v. H. Ausländerinnen und Ausländer	0,25 v. H..

§ 3

(1) Um Härten auszugleichen, werden die nach §§ 1 und 2 sich ergebenden Quoten um 0,5 vom Hundert vermindert, wenn sich auf dem Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt der

Sitz einer Aufnahmeeinrichtung des Landes befindet.

(2) Bei der Verteilung kann in einem besonderen Härtefall, insbesondere wenn sich auf dem Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt eine Außenstelle von Aufnahmeeinrichtungen des Landes befindet, von den Regelungen der §§ 1 und 2 abgewichen werden.

§ 4

Maßgebend sind die vom Statistischen Landesamt festgestellten Einwohnerzahlen und Vmhundertsätze der ausländischen Wohnbevölkerung am 31. Dezember 2006.

§ 5

(1) Die Gebühr für die vorläufige Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft beträgt monatlich für

Einpersonenhaushalte	179 Euro,
Zweipersonenhaushalte	235 Euro,
Dreipersonenhaushalte	297 Euro,
Vierpersonenhaushalte	348 Euro,
Füfpersonenhaushalte	394 Euro,
Haushalte mit mehr als fünf Personen	435 Euro.

(2) Jede volljährige alleinstehende Person, die in Haushaltsgemeinschaft lebt und über eigenes Einkommen und Vermögen verfügt, hat die für einen Einputersonenhaushalt festgesetzte Gebühr zu entrichten, solange die Gebühr die tatsächlichen Kosten der Wohneinheit nicht übersteigt.

(3) Die Gebühr für die Benutzung von Waschmaschinen beträgt 1 Euro pro Waschgang.

§ 6

Übersteigt das Einkommen im Sinne von § 82 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022, 3023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 2007 (BGBl. I S. 1595), den Anspruch auf laufende Leistung der Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch um weniger als den Betrag der Gebühr nach § 5 Abs. 1 und 2, so ermäßigt sich die Gebühr auf den Betrag des den Anspruch auf laufende Leistung oder Hilfe zum Lebensunterhalt übersteigenden Einkommens.

§ 7

Es werden aufgehoben:

1. die Verordnung über die Verteilung ausländischer Flüchtlinge vom 10. Mai 1994 (GVBl. I S. 272)¹⁾ und

*) GVBl. II 37-51

¹⁾ Hebt auf GVBl. II 37-41

2. die Gebührenordnung für die vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vom 26. August 1996 (StAnz. S. 3178)³⁾, zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Juli 2005 (StAnz. S. 3564).

§ 8

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2012 außer Kraft.

Wiesbaden, den 22. Oktober 2007

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Die Sozialministerin
Lautenschläger

³⁾ Hebt auf GVBl. II –

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung
von Spätaussiedlern*)**

Vom 22. Oktober 2007

Aufgrund des § 3 Abs. 1 und des § 4 Satz 1 Nr. 1, 2 und 4 des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler in der Fassung vom 10. August 2005 (BGBl. I S. 2475) und des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98), geändert durch Gesetz vom 16. Oktober 2006 (GVBl. I S. 510), wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Aufnahme und Unterbringung von Spätaussiedlern vom 11. Dezember 2001 (GVBl. I S. 556) wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
 - b) Abs. 2 wird aufgehoben.
2. § 6 erhält folgende Fassung:

„§ 6

Erstattungen von Aufwendungen

Die in den Landkreisen und kreisfreien Städten entstehenden Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Personen nach § 1 werden vom Land durch eine einmalige Pauschale je zugewiesener Person erstattet. Die Pauschale beträgt 2700 Euro je zugewiesener Person. Die Auszahlung erfolgt zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November für das jeweils vorangegangene Quartal. Maßgeblich für die Höhe der Erstattung ist die jeweils am Quartalsende durch die zuständige Behörde in diesem Zeitraum zugewiesene Zahl der Spätaussiedler sowie ihrer Angehörigen.“

3. In § 7 Satz 2 wird die Angabe „2007“ durch „2009“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Art. 1 Nr. 3 am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 22. Oktober 2007

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Die Sozialministerin
Lautenschläger

*) Ändert GVBl. II 37-47

**Verordnung
über den elektronischen Rechtsverkehr bei hessischen Gerichten
und Staatsanwaltschaften*¹⁾**

Vom 26. Oktober 2007

Aufgrund

1. des § 130a Abs. 2 Satz 1 und 2 der Zivilprozessordnung in der Fassung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3205, 2006 I S. 431, 2007 I S. 1781), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 370), in Verbindung mit § 2 Nr. 6 Buchst. a der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege vom 5. Mai 2006 (GVBl. I S. 168), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. August 2007 (GVBl. I S. 538),
2. des § 21 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), in Verbindung mit § 3 Nr. 10 Buchst. a der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
3. des § 81 Abs. 4 Satz 1 und 2 der Grundbuchordnung in der Fassung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1115), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. April 2006 (BGBl. I S. 866), in Verbindung mit § 2 Nr. 5 Buchst. d der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
4. des § 46b Abs. 2 Satz 1 und 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. Juli 1979 (BGBl. I S. 854, 1036), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554), in Verbindung mit § 5 Nr. 2 Buchst. a der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
5. des § 65a Abs. 1 Satz 1 bis 3 und 5 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2536), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. April 2007 (BGBl. I S. 554), in Verbindung mit § 5 Nr. 3 Buchst. a der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
6. des § 55a Abs. 1 Satz 1 bis 3 und 5 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 687), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), in Verbindung mit § 5 Nr. 4 Buchst. a der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
7. des § 52a Abs. 1 Satz 1 bis 3 und 5 der Finanzgerichtsordnung in der Fassung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 443, 2262, 2002 I S. 679), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. September 2006 (BGBl. I S. 2098), in Verbindung mit § 5 Nr. 5 Buchst. a der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
8. des § 41a Abs. 2 Satz 1 und 2 der Strafprozessordnung in der Fassung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1075, 1319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1327), in Verbindung mit § 4 Nr. 6 Buchst. b der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
9. des § 110a Abs. 2 Satz 1 und 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2007 (BGBl. I S. 1786), in Verbindung mit § 4 Nr. 7 Buchst. a der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
10. des § 8a Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330), auch in Verbindung mit § 156 Abs. 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2231), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. September 2007 (BGBl. I S. 2178) und § 5 Abs. 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553) und in Verbindung mit § 3 Nr. 10 Buchst. f der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
11. des § 9 Abs. 4 Satz 1 und 2 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437), geändert durch Gesetz vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), in Verbindung mit § 3 Nr. 16 Buchst. b der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,

wird verordnet:

*¹⁾ GVBl. II 20-31

¹⁾ Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. EG Nr. L 204 S. 37), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2006/96/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABl. EU Nr. L 363 S. 81), sind beachtet worden.

§ 1

Bei den hessischen Gerichten, den hessischen Staatsanwaltschaften und der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main können für den jeweiligen Zuständigkeitsbereich elektronische Dokumente in allen Verfahren nach der Zivilprozessordnung, dem Arbeitsgerichtsgesetz, der Finanzgerichtsordnung, der Verwaltungsgerichtsordnung, dem Sozialgerichtsgesetz, der Strafprozessordnung, dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie in Beschwerdeverfahren nach der Grundbuchordnung und nach dem Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingereicht werden. Abweichend hiervon sind in Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz die Schriftsätze als elektronische Dokumente bei Gericht einzureichen. Der Zeitpunkt, ab dem die Einreichungen vorgenommen werden können, ist in Anlage 1 zu dieser Verordnung bestimmt.

Anlage 1

§ 2

Die Einreichung elektronischer Dokumente muss in einer aus der Anlage 2 zu dieser Verordnung ersichtlichen Form erfolgen. Für die elektronische Anmeldung zur Eintragung in das Handels-, Genossenschafts- oder Partnerschaftsregister und die Einreichung elektronischer Dokumente zu diesen Registern gilt Satz 1 entsprechend.

Anlage 2

§ 3

Für den Empfang elektronischer Dokumente an die unter § 1 Satz 1 genannten Gerichte, Staatsanwaltschaften und die Staatsanwaltschaft wird ausschließlich der elektronische Briefkasten bestimmt, der auf den Servern des Rechenzentrums der Justiz, Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, geführt wird. Von dort aus werden die Eingänge in das Netz der Justiz automatisch weitergeleitet. Der elektronische Briefkasten ist über die auf der Internetseite <http://www.justiz.hessen.de> bezeichneten Kommunikationswege erreichbar.

§ 4

Die Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den in der Stadt Frankfurt am Main ansässigen Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie dem Amtsgericht Kassel, dem Landgericht Kassel und der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kassel und weiteren Amtsgerichten vom 22. November 2006 (GVBl. I S. 613)²⁾ wird aufgehoben.

§ 5

Diese Verordnung tritt am 26. November 2007 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2012 außer Kraft.

Wiesbaden, den 26. Oktober 2007

Der Hessische Minister der Justiz
Banzer

²⁾ Hebt auf GVBl. II 20-30

Anlage 1 zu § 1

Nr.	Gericht bzw. Staatsanwaltschaft	Verfahrensbereich	Datenverarbeitende Stelle	Datum
1.	Oberlandesgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
2.	Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
3.	Landgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
4.	Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
5.	Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
6.	Amtsgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
7.	Landesarbeitsgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
8.	Arbeitsgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
9.	Sozialgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
10.	Verwaltungsgericht Frankfurt am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	08.12.2005
11.	Landgericht Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	18.09.2006
12.	Staatsanwaltschaft Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	18.09.2006
13.	Amtsgericht Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	18.09.2006
14.	Amtsgericht Bad Hersfeld	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
15.	Amtsgericht Bad Homburg v.d. Höhe	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
16.	Amtsgericht Darmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
17.	Amtsgericht Eschwege	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
18.	Amtsgericht Friedberg (Hessen)	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
19.	Amtsgericht Fritzlar	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
20.	Amtsgericht Fulda	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
21.	Amtsgericht Gießen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
22.	Amtsgericht Hanau	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
23.	Amtsgericht Königstein im Taunus	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
24.	Amtsgericht Korbach	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
25.	Amtsgericht Limburg a. d. Lahn	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
26.	Amtsgericht Marburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
27.	Amtsgericht Offenbach am Main	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
28.	Amtsgericht Wetzlar	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006

29.	Amtsgericht Wiesbaden	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	30.11.2006
30.	Landgericht Fulda	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
31.	Landgericht Hanau	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
32.	Staatsanwaltschaft Fulda	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
33.	Staatsanwaltschaft Hanau	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
34.	Amtsgericht Bad Arolsen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
35.	Amtsgericht Gelnhausen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
36.	Amtsgericht Hünfeld	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
37.	Amtsgericht Melsungen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
38.	Amtsgericht Rotenburg a.d. Fulda	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
39.	Amtsgericht Schlüchtern	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
40.	Amtsgericht Usingen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
41.	Landgericht Gießen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
42.	Landgericht Limburg a. d. Lahn	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
43.	Landgericht Wiesbaden	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
44.	Staatsanwaltschaft Gießen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
45.	Staatsanwaltschaft Limburg a. d. Lahn	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
46.	Staatsanwaltschaft Wiesbaden	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
47.	Amtsgericht Alsfeld	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
48.	Amtsgericht Bad Schwalbach	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
49.	Amtsgericht Büdingen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
50.	Amtsgericht Dillenburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
51.	Amtsgericht Idstein	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
52.	Amtsgericht Nidda	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
53.	Amtsgericht Rüdesheim am Rhein	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
54.	Amtsgericht Weilburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
55.	Landgericht Darmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
56.	Landgericht Marburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
57.	Staatsanwaltschaft Darmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
58.	Staatsanwaltschaft Marburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007

59.	Amtsgericht Bensheim	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
60.	Amtsgericht Biedenkopf	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
61.	Amtsgericht Dieburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
62.	Amtsgericht Frankenberg (Eder)	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
63.	Amtsgericht Fürth	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
64.	Amtsgericht Groß-Gerau	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
65.	Amtsgericht Kirchhain	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
66.	Amtsgericht Lampertheim	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
67.	Amtsgericht Langen (Hessen)	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
68.	Amtsgericht Michelstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
69.	Amtsgericht Rüsselsheim	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
70.	Amtsgericht Schwalmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
71.	Amtsgericht Seligenstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	26.11.2007
72.	Hess. Verwaltungsgerichtshof Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
73.	Verwaltungsgericht Darmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
74.	Verwaltungsgericht Gießen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
75.	Verwaltungsgericht Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
76.	Verwaltungsgericht Wiesbaden	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
77.	Landessozialgericht Darmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
78.	Sozialgericht Darmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
79.	Sozialgericht Fulda	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
80.	Sozialgericht Gießen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
81.	Sozialgericht Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
82.	Sozialgericht Marburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
83.	Sozialgericht Wiesbaden	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
84.	Arbeitsgericht Bad Hersfeld	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
85.	Arbeitsgericht Darmstadt	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
86.	Arbeitsgericht Fulda	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
87.	Arbeitsgericht Gießen	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
88.	Arbeitsgericht Hanau	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007

89.	Arbeitsgericht Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
90.	Arbeitsgericht Limburg a.d. Lahn	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
91.	Arbeitsgericht Marburg	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
92.	Arbeitsgericht Offenbach	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
93.	Arbeitsgericht Wetzlar	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
94.	Arbeitsgericht Wiesbaden	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007
95.	Hessisches Finanzgericht Kassel	alle Verfahren	Hessische Zentrale für Datenverarbeitung	17.12.2007

Anlage 2 zu § 2**Form der eingereichten Dokumente****1. Übermittlungsart**

Elektronische Dokumente sind an die elektronischen Briefkästen der genannten Gerichte und Staatsanwaltschaften zu übermitteln, die über die von der hessischen Justiz zur Verfügung gestellte Zugangs- und Übertragungssoftware erreichbar sind. Die Software kann über die Internetseite <http://www.justiz.hessen.de> lizenzfrei heruntergeladen werden.

2. Signatur der Dokumente

Die qualifizierte elektronische Signatur – soweit erforderlich – muss dem Profil ISISMTT entsprechen und das ihr zugrunde liegende Zertifikat muss durch das Gericht oder die Staatsanwaltschaft, welche mit einer automatisierten Überprüfung andere Stellen beauftragen können, prüfbar sein.

Auf der Internetseite <http://www.justiz.hessen.de> sind beispielhaft Zertifizierungsdiensteanbieter bekannt gegeben, die von den Gerichten und Staatsanwaltschaften prüfbare Zertifikate herausgeben.

3. Dateiformate

Das elektronische Dokument muss eines der folgenden Formate aufweisen, die durch die Gerichte und Staatsanwaltschaften bearbeitbar sind:

- a) ASCII (American Standard Code for Information Interchange) als reiner Text ohne Formatierungscodes und ohne Sonderzeichen,
- b) Unicode (als reiner Text, ohne Formatierungscodes),
- c) RTF (Rich Text Format), soweit es mit Microsoft Office darstellbar ist,
- d) Adobe PDF (Portable Document Format),

- e) Microsoft Word, soweit keine aktiven Komponenten (z.B. Makros) verwendet werden,
- f) XML (Extensible Markup Language) – eine zum Dokument gehörige DTD (Document Type Definition) muss zugeordnet sein,
- g) TIFF („Tag Image File Format“) 6.0, CCITT/TTS Gruppe 4, sofern Grafik-Daten übermittelt werden (z. B. Fax, eingescannte Unterlagen als Anlage).

Das Risiko der Übermittlung trägt der Absender, insbesondere, wenn andere Formate oder ältere Formatversionen genutzt werden. Die zulässigen Versionen der genannten Formate und weitere Konventionen, insbesondere Angaben zu geeigneten Datenträgern, Dokumentenanzahlen und Volumengrenzen, werden auf der Internetseite <http://www.justiz.hessen.de> bekannt gegeben.

4. Sicherstellung der Bearbeitungsfähigkeit der elektronischen Dokumente**4.1 Der Dateiname des elektronischen Dokumentes soll enthalten:**

- a) das gerichtliche Aktenzeichen, bei Neueingängen die Bezeichnung der Verfahrensart (zum Beispiel Klage, Antrag auf Aussetzung der Vollziehung, Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung oder das Wort „Neueingang“),
- b) eine schlagwortartige Bezeichnung des Inhalts und
- c) die Kurzbezeichnung der Hauptbeteiligten.

4.2 Zu einem Dokument gehörige Anlagen, die in einer separaten Datei übermittelt werden, sollen denselben Dateinamen erhalten wie das Hauptdokument, erweitert um die Bezeichnung „Anlage“ und eine dreistellige fortlaufende Nummer.

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Führung des Handels-,
Genossenschafts- und Partnerschaftsregisters*)**

Vom 15. Oktober 2007

Aufgrund des

1. § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2, auch in Verbindung mit § 160b Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), in Verbindung mit § 3 Nr. 10 Buchst. b der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege vom 5. Mai 2006 (GVBl. I S. 168), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. August 2007 (GVBl. I S. 538), und § 1 der Genossenschaftsregisterverordnung in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2269), geändert durch Gesetz vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553),
2. § 8a Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330), auch in Verbindung mit § 156 Abs. 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2231), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. September 2007 (BGBl. I S. 2178), § 1 der Genossenschaftsregisterverordnung und § 5 Abs. 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. November 2006 (BGBl. I S. 2553), sowie in Verbindung mit § 3 Nr. 10 Buchst. f der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,
3. § 125 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2, auch in Verbindung mit § 147 Abs. 1 Satz 1 und § 160b Abs. 1 Satz 2, des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Verbindung mit § 3 Nr. 10 Buchst. d der Verordnung zur Übertragung von Er-

mächtigungen im Bereich der Rechtspflege und

4. § 9 Abs. 1 Satz 3 des Handelsgesetzbuchs, auch in Verbindung mit § 156 Abs. 1 Satz 1 des Genossenschaftsgesetzes, § 1 der Genossenschaftsregisterverordnung und § 5 Abs. 2 des Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes, jeweils in Verbindung mit § 3 Nr. 10 Buchst. h der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege,

wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über die Führung des Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregisters vom 28. September 2000 (GVBl. I S. 491), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. April 2005 (GVBl. I S. 267), wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 3 und 3a erhalten folgende Fassung:

„§ 3

Die Daten der bei einem Amtsgericht nach den §§ 1 und 2 geführten Register werden auch anderen Amtsgerichten zur Einsicht und zur Erteilung von Ausdrucken zugänglich gemacht.

§ 3a

Zuständige Stelle für die Durchführung und Abwicklung des elektronischen Abrufverfahrens aus den Registern nach den §§ 1 und 2 ist das Oberlandesgericht Frankfurt am Main.“

2. In § 4 Satz 2 wird die Zahl „2007“ durch „2012“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 15. Oktober 2007

Der Hessische Minister der Justiz
Banzer

*) Ändert GVBl. II 210-81

**Dritte Verordnung
zur Verlängerung der Geltungsdauer befristeter Rechtsvorschriften
im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz**

Vom 16. Oktober 2007

Artikel 1¹⁾

**Änderung der Verordnung über die
Bildung von Kammern für Handelssachen**

Aufgrund des § 93 Abs. 1 Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. April 2007 (BGBl. I S. 509), in Verbindung mit § 2 Nr. 1 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege vom 5. Mai 2006 (GVBl. I S. 168), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. August 2007 (GVBl. I S. 538), wird verordnet:

In § 3 Satz 2 der Verordnung über die Bildung von Kammern für Handelssachen vom 6. September 1978 (GVBl. I S. 527), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. November 2002 (GVBl. I S. 716), wird die Zahl „2007“ durch „2012“ ersetzt.

Artikel 2²⁾

**Änderung der Zweiten Verordnung zur
Anpassung gerichtsorganisatorischer
Regelungen**

Aufgrund des § 6 Abs. 2 Satz 1 des Unterlassungsklagengesetzes in der Fassung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3423, 4346), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330), in Verbindung mit § 2 Nr. 3 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen im Bereich der Rechtspflege wird verordnet:

In § 3 Satz 2 der Zweiten Verordnung zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Regelungen vom 22. April 2002 (GVBl. I S. 88), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Juli 2005 (GVBl. I S. 553), wird die Zahl „2007“ durch „2012“ ersetzt.

Artikel 3³⁾

**Änderung der Verordnung über die
Amtstracht bei den ordentlichen
Gerichten, den Gerichten der
allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit,
den Gerichten für Arbeitssachen, den
Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und
dem Hessischen Finanzgericht**

Aufgrund des § 89 Satz 1 des Hessischen Beamtengesetzes in der Fassung

vom 11. Januar 1989 (GVBl. I S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Juli 2007 (GVBl. I S. 378), in Verbindung mit § 2 des Hessischen Richtergesetzes in der Fassung vom 11. März 1991 (GVBl. I S. 54), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juli 2006 (GVBl. I S. 394), wird verordnet:

In § 4 Satz 2 der Verordnung über die Amtstracht bei den ordentlichen Gerichten, den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, den Gerichten für Arbeitssachen, den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und dem Hessischen Finanzgericht vom 13. August 2002 (GVBl. I S. 541) wird die Zahl „2007“ durch „2012“ ersetzt.“

Artikel 4⁴⁾

**Änderung der Verordnung über die
zuständige Stelle für die Verpflichtung
nach dem Verpflichtungsgesetz im
Geschäftsbereich des Ministeriums
der Justiz**

Aufgrund des § 1 Abs. 4 Nr. 2 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Übertragung der Befugnis zur Bestimmung der zuständigen Stelle nach § 1 Abs. 4 Nr. 2 des Verpflichtungsgesetzes vom 3. Dezember 1974 (GVBl. I S. 581) wird verordnet:

In § 3 Satz 2 der Verordnung über die zuständige Stelle für die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz vom 21. Januar 1975 (GVBl. I S. 15), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. November 2005 (GVBl. I S. 807), wird die Zahl „2007“ durch „2012“ ersetzt.

Artikel 5

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 16. Oktober 2007

Der Hessische Minister der Justiz

Banzer

¹⁾ Ändert GVBl. II 210-50

²⁾ Ändert GVBl. II 210-84

³⁾ Ändert GVBl. II 210-85

⁴⁾ Ändert GVBl. II 320-54

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der Gebührenordnung für die Ortsgerichte
im Lande Hessen*)**

Vom 15. Oktober 2007

Aufgrund

des § 20 Abs. 1 Satz 1 des Ortsgerichtsgesetzes in der Fassung vom 2. April 1980 (GVBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1998 (GVBl. I S. 562), wird im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen verordnet:

Artikel 1

Die Gebührenordnung für die Ortsgerichte im Lande Hessen vom 17. Oktober 1980 (GVBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juli 2004 (GVBl. I S. 267), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Bei der Bewertung von Grundbesitz ist dessen geschätzter Wert maßgebend (Schätzwert). In den Fällen des § 2 ist der Wert unter Berücksichtigung tatsächlicher Anhaltspunkte nach freiem Ermessen zu bestimmen.“

2. In § 5 Satz 2 wird die Zahl „2009“ durch „2012“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 15. Oktober 2007

Der Hessische Minister der Justiz
Banzer

*) Ändert GVBl. II 28-4

**Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt**

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH, Unter dem Schöneberg 1,
34212 Melsungen, Tel.: (0 56 61) 7 31-4 20, Fax: (0 56 61) 7 31-4 00
E-Mail: aboverwaltung@bernecker.de

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 58,20 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.